

Berliner

Volks-Zeitung

Chefredakteur: Otto Kaufke, Berlin-Steglitz

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Table with 2 columns: Item (e.g., Weizen, Roggen) and Price.

Table with 2 columns: Item (e.g., Rindfleisch, Kalbfleisch) and Price.

Table with 2 columns: Item (e.g., Straßbahn, Hochbahn) and Price.

Poincaré lehnt den Plan Bonar Laws ab

Die englischen Vorschläge „keine Verhandlungsgrundlage“ — Gefährdung der Konferenz?

Paris, 3. Januar. (E. M.) In hiesigen parlamentarischen Kreisen ist man in bezug auf den Fortgang der Konferenz von Paris außerordentlich pessimistisch und glaubt nicht mehr an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen England und Frankreich. Die Engländer selbst haben gestern Abend nach einem Dinner bei Poincaré erklärt, daß die französische Regierung den gesamten englischen Plan ablehne. Heute vormittag hat die englische Delegation auch die offizielle Bestätigung dieser Ablehnung erhalten. Die Engländer haben fast die ganze Nacht im Hotel Carlton die Situation beraten. Am der Sitzung nahm auch Lord Curzon teil. Es heißt, daß in dieser Sitzung versucht worden ist, den französischen Plan einer Durchsicht zu unterziehen, aber nicht aus für die Engländer mit einigen Modifikationen annehmbar sei. Die Situation ist bereits jetzt auf dem Gipfelpunkt angetommen, da man in französischen politischen Kreisen glaubt, daß Poincaré heute den Engländern mitteilen würde, daß er bei einer Ablehnung seines Planes unabhängig von England vorgehen werde.

London, 3. Januar. (W. I. V.) Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, die britische Delegation sei gestern Abend inoffiziell darauf aufmerksam gemacht worden, daß Poincaré nicht in der Lage sei, den englischen Plan auch nur als Grundlage zur Erörterung anzunehmen. Die Lage sei ernst und verwirrt. Auf der Zusammenkunft der britischen Delegation, die bis Mitternacht dauerte, wurde erzwungen, ob der französische Plan durch Änderungen annehmbar für die britische Regierung gemacht werden könnte.

Paris, 3. Januar. (Eca.) Der englische Plan hat unter den französischen Delegierten großes Entsetzen hervorgerufen. Sie sind umso mehr überzogen, als heute morgen nicht nur in der Presse, sondern auch in offiziellen Kreisen der Optimismus groß war. Die Welgieger haben seinen Plan vorgelegt, aber es scheint, daß sie ihn bereit haben, und daß sie ihn aufbewahren, um ihn in dem Augenblick vorzulegen, wo ein Konflikt zwischen Frankreich und England zum Ausdruck kommt und wo Italien die Funktionen eines Vermittlers nicht übernehmen könnte.

Die englische Presse für Bonar Laws Plan

London, 3. Januar. (W. I. V.) Der Reparationsplan der britischen Regierung findet in der englischen Presse eine günstige Aufnahme. Der „Daily Telegraph“ bezeichnet ihn als den fähigsten Versuch, der bisher gemacht worden ist, um mit der internationalen Behandlung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Versailler Vertrages zu brechen und stattdessen einen kaufmännischen Plan einzuführen.

Die „Times“ stellen den „unzufriedenen“ britischen Plan den französischen Vorschlägen gegenüber, die das, was noch vom deutschen Kredit übrig bleibt, gefährden könnten. Dennoch ist daher die öffentliche Meinung in England so hart wider, daß die Vertreter der britischen Regierung in Paris insofern Widerstand leisten müßten.

Die „Daily Chronicle“ bezeichnet den britischen Plan als allgemein durchführbar. Er verteilte die schweren Lasten auf Deutschland und Großbritannien. Das Land, welches am meisten dadurch gewinnen würde, ist Frankreich. Frankreich würde wählen zwischen der Politik des Friedens, der finanziellen Wiederherstellung und der Unterstützung seiner Alliierten einerseits und der Politik Ludwigs XIV. gegenüber Deutschlands andererseits.

In einem Artikel schreibt die „Daily Mail“, die Lage sei außerordentlich. Was aber immer geschehe, die Entente müsse aufrecht erhalten werden. Wenn England sich von Frankreich trenne, so sei die Zukunft Europas bitter. Die „Daily News“ berichtet, die Pariser Konferenz habe eine große Verschiedenheit zwischen den französischen und dem britischen Standpunkt enthält, daß nur ein Wunder die Schwierigkeiten lösen könne. In der Frage der „Sanftmütigen“ herrsche eine fundamentale Meinungsverschiedenheit.

Von zuständiger Seite erfahren wir, daß bis zu den frühen Vormittagsstunden eine Vertagung der Pariser-Meldung, daß die Pariser alliierte Ministerkonferenz abgelehnt habe, die Vorschläge der Reichsregierung durch den Staatssekretär A. D. Bergmann nicht entgegenzunehmen, den in zufälligen Zielen noch nicht vorliegt. Ebenfalls lag in den Vormittagsstunden eine Vertagung vor, daß die Ministerkonferenz bereits die schriftliche Vorlegung der deutschen Vorschläge gefordert hat. Die in einzelnen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Ablehnung des Empfanges von Staatssekretär A. D. Bergmann darauf zurückzuführen sei, daß hierfür nicht die erforderliche diplomatische Vorbereitung

hatgefunden habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die üblichen diplomatischen Vorbereitungen sind vielmehr auch in diesen Fällen getan worden. Das wichtigste Ereignis des gestrigen ersten Tages ist wohl der Beschluß des französischen Ministerpräsidenten, eine Sitzung des französischen Kabinetts für heute einzuberufen. Dieser Ministerrat hat heute vormittag um 11 Uhr seinen Anfang genommen. Man ist in der Umgebung des Herrn Poincaré über die englischen Vorschläge beunruhigt oder stellt sich doch wenigstens so. Zugabe ist freilich, daß das enge Aneinanderdrücken von England und Amerika aus den Vorschlägen Bonar Laws demütig in die Augen springt.

Das sind sehr reale Tatsachen, denen gegenüber die sehr wenig feride Berichterstattung der französischen Presse nicht stand zu halten vermag. Hat doch heute der französische Ministerpräsident selbst die offizielle Staatsagentur demontieren müssen. Diese hatte gerade behauptet, Amerika habe den deutschen Vorschlag eines Gottesfriedens als ungenügend gar nicht nach Paris weitergegeben. Jetzt hat Herr Poincaré der Presse den Wortlaut des deutschen Vorschlages, wie er ihn vom Staatssekretär Hughes erhielt, befehlen gegeben. Danach lautet er:

Die Regierungen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens verpflichten sich freiwillig, die einen den anderen gegenüber, und verpflichten ebenfalls den Vereinigten Staaten, während der Dauer eines Weltkrieges

alters, also 30 Jahr lang, keinen Krieg zu erklären, außer für den Fall, daß er von einer Politik her, die nicht zu schließen worden wäre, was den Krieg tatsächlich unmöglich machen würde.

Poincaré nennt jetzt den deutschen Vorschlag „ein heuchlerisches Manöver“ gegen die Pariser Konferenz, obwohl er doch gleich nach der Londoner Konferenz ergraben ist. Er verweist sich auch hinter verfassungsmäßigen Bedenken, da die Kriegserklärung nach der französischen Verfassung eine Angelegenheit der Nationalversammlung sei. Auch bei uns müßte die Verfassung geändert werden. Aber ist wirklich der Weltfrieden nicht eine Verfassungsänderung wert? Poincaré manövriert sich immer weiter in die Zwickgasse hinein, und man kann verstehen, daß man in Paris über diese feineswegs glänzende Fiktion entsetzt ist.

New-York, 3. Januar. Das Staatsdepartement teilt mit, daß der Vorschlag des deutschen Reichsfanzlers wegen eines Abzuges eines Vertrages zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien, sich während eines Reichensenters nicht anzurechnen, der französischen Regierung von Staatssekretär Hughes deshalb offiziell nicht übermittelt wurde, weil eine vorherige offizielle Unterhandlung bemerkt habe, daß dieser Vorschlag von Frankreich nicht angenommen werden würde.

Der Inhalt der drei Vorschläge

Die Programme Poincarés, Mussolinis und Bonar Laws

Paris, 3. Januar. (Eca.)

In der gestrigen Sitzung legte Poincaré den Plan der französischen Regierung dar, der in vier Teile eingeteilt ist:

1. Die Reparationen und die interalliierten Schulden. Nach dem Poincaré das Wesen dieser Schulden beseitigt, sollte erklärt werden, daß die französische Regierung geneigt sei, auf den Teil der Obligationen der Serie C zu verzichten, der ihr zusteht, wenn eine Reduzierung der französischen Schulden gegenüber England um einen Betrag gleicher Höhe bewilligt würde, und zwar für den Fall, daß alle übrigen Klaimes des gleichen sind. Das französische Projekt läßt durchblicken, daß auf diese Weise alle Obligationen der Serie C ausgelöst werden, weil der Wert der Obligationen der Serie C früher feindliche Staaten rationsobligationen zu dessen, die die Obligationen A und B schlägt das französische Projekt in Anlehnung an das italienische Projekt vor, daß zehnte Wert der betagten Obligationen reduziert für den Fall, daß Deutschland sie im voraus durch eine Anleihe zahlen wird. Das Projekt betragt, daß die Alliierten diese inneren und äußeren Anleihen entschuldigen müssen, damit Deutschland sich dieser Obligationen entziehen kann.

Der zweite Teil des französischen Planes betrifft die Reorganisation der deutschen Finanzen und enthält alle finanziellen Reformen, die Deutschland annehmen muß, um das Gleichgewicht seines Budgets wieder herzustellen, um die Restrukturierung der Schatzkassen einleiten zu können und um die Kapital-

nicht zu verhindern usw. Diese Reformen müßten unter Kontrolle des Garantiefomitees ausgeführt werden, dessen Vollmachten erweitert werden müßten.

Der dritte Teil des französischen Planes betrifft Moratorium und Garantien. Die französische Regierung ist geneigt, ein Moratorium von zwei Jahren zu erklären, die während welcher Zeit Deutschland seine Verzinsungen, die auf Grund der Alliierten zu leisten wären und die die Rückzahlung reduzieren würden, die Zahlleistungen fortzusetzen habe, die durch die verschiedenen Verträge festgelegt worden sind.

Die Garantien, die Frankreich verlangt, sind folgende: 1. Die schwebende Kontrolle über die Kohlenproduktion im Ruhrgebiet. Die alliierte Rheinlandkommission würde die Möglichkeit haben, Besuche auszusenden, sogar im Ruhrgebiet, um die Verfügungen des Kontrollkomitees zur Ausführung zu bringen.

2. Der gleichen Kommission würde ein Mandat erteilt werden bezüglich der treffenden Maßnahmen zur Ausführung von Zahlleistungen aus den Staats- und Gemeindefinanzen der besetzten Gebiete.

3. Die Zollhebung in fremden Devisen auf die deutsche Ausfuhr aus den augenblicklich besetzten Gebieten und dem Ruhrgebiet.

4. Erhebung der Zollmaßnahmen aus den augenblicklich besetzten Gebieten und dem Hauptzollbureau des Ruhrgebietes.

5. Erhebung von Steuern auf die Kohlenproduktion.

Frankreich gibt die Erklärung einer Zollentzerrung auf das Kohlenbecken auf. Der vierte Teil des französischen Planes betrifft den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen, die es nach der augenblicklichen Konferenz zu übernehmen hat, nicht nachkommt und legt die militärischen Maßnahmen im Bezirk Essen und Bochum, sowie einen Teil des übrigen Ruhrgebietes nach den durch Maritz als noch geprüften Plänen fest, sowie die Erhebung einer Zollgrenze im Westen des besetzten Gebietes.

Herr Poincaré ergriff Marchese della Torretta das Wort und erklärte, daß die augenblickliche Konferenz als die Fortsetzung der Konferenz von London anzusehen sei und insofern das Projekt Mussolinis, das bereits damals die Basis der Diskussion gebildet habe, nach diesmal weiter edert werden müsse. Er fügt jedoch hinzu, daß Mussolini an diesem unvorhergesehenen Projekt einige Änderungen vorgenommen habe, um es für alle Alliierten leicht annehmbar zu gestalten; denn in der Zeit haben diese Änderungen den Zweck, alle Gesichtspunkte, die in London und später manifestiert wurden, zu vereinigen. Die Hauptänderungen sind folgende: Zuerst die Aufhebung der Beziehungen zwischen der Sanftmütigen der interalliierten Schulden und dem herkömmlichen Teil der Obligationen der Serie C und dem herkömmlichen Teil der Obligationen der Serie C, was die interalliierten Schulden und den Krediten auf und legt einen parallelen Verzicht der reziproken Kredite ins Auge, das heißt, der Kredite Englands gegenüber den Alliierten und der Kredite der Alliierten, der in den Fonds der Serie C repräsentiert wird, gegenüber Deutschland. Für den Restteil der Bonds der Serie C über Deutschland, für den Restteil der Bonds der Serie C über die interalliierten italienischen Projekte, vertritt dieser die interalliierten Schulden gegenüber Amerika nachzuweisen, sieht der neue italienische Text vor, daß die Zahlung dieser Obligationen nicht von Deutschland verlangt werden, bevor die alliierten Gläubiger nicht die Zahlung der reziproken Kredite verlangen. Bezüglich der inneren Anleihen, die Deutschland während der Zeit der zweijährigen Moratoriums aufnehmen hat, verlangt der neue

Schnelldienst

In der vergangenen Nacht wurde die 62jährige Rentiere Cecilie Buppe in ihrer Wohnung im Saule Sechensstraße 9 in Steglitz durch ihre Nichte und deren Anhang im 2. Stockwerk, bewußtlos gemacht und die Wohnung ausgebraut. Die Greisin ist lebensgefährlich verletzt.

Die nächste Vollziehung des Reichstags wird nach neuer Disposition voraussichtlich erst am 16. Januar d. J. stattfinden.

Staatssekretär Bergmann soll aufgebodet werden, der Konferenz ein Ergebnis vorzulegen.

Heute vormittag sollte in Paris unter Vorsitz Müllers ein Ministerrat stattfinden.

Der tatsächliche Ministerpräsident führt gestern den neuen Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Dr. Schick, in sein Amt ein.

Das Schicksal der polnischen Eisenbahn für das Jahr 1923 wird auf 150 Milliarden Mark veranschlagt.

Dollar: 1500